

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 50 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Jahrbücher-Anzeigen die 3 gepaltene Neill-Zelle 5,00 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 338 15, Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Drey. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Gegen den Achtfundentag. IV.

Wie wir in der vorigen Nummer des „Proletarier“ gesehen haben, hat die fortgesetzte, bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Heße der Unternehmerpresse gegen den Achtfundentag sich bereits in der Rechtsprechung und bei den höchsten Behörden ausgewirkt. Demgegenüber darf die Arbeiterschaft nicht talenlos bleiben. Sie muß bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck bringen, daß sie nicht gewillt ist, sich eine Errungenschaft entreißen zu lassen, die das Ergebnis jahrzehntelangen Ringens ist. Und wenn die Arbeiterschaft mit derselben Zähigkeit den Achtfundentag verteidigt, mit der die Unternehmer ihn bekämpfen, dann werden in dieser Frage nicht die Unternehmer Sieger bleiben.

Eine Zeitlang haben die Unternehmer versucht, durch die Beseitigung der „unproduktiven Lohn- und Gehaltslasten“ ihre Einkünfte zu steigern. Bei der Sache muß nicht viel herausgekommen sein, denn plötzlich verschwand dieses mißhandelte Schlagwort wieder, dafür lautete das Feldgeschrei aller „Geldmacher“ nunmehr „Mehrproduktion“. Schon bei Auftauchen dieses Rufes haben wir eine Mehrproduktion begrüßt unter Anwendung aller technischen Mittel und Heranziehung aller Nichtbeschäftigten zur Arbeit. Wir haben damals aber auch die Vermutung ausgesprochen, die wahre Absicht der Interessenten sei die Beseitigung des Achtfundentages. Heute wird bereits offen gegen den Achtfundentag gearbeitet, allerdings immer noch mit der Begründung, die Produktion müsse gesteigert werden. Die Unternehmerpresse hat es unternommen, aller Welt einzufrichtern, gesteigerte Produktion sei nur möglich durch verlängerte Arbeitszeit. Verlängerte Arbeitszeit bedeutet für die Unternehmer erhöhten Gewinn, weshalb die Beweisführung der Unternehmer über die Untrennbarkeit von erhöhter Produktion und verlängerter Arbeitszeit von vornherein anrüchlich ist. Noch kein Wort hat die Unternehmerpresse verlauten lassen über die Verwendung des aus verlängerter Arbeitszeit erzielten Mehrgewinnes. Wenn schon im Interesse des gesamten deutschen Volkes länger gearbeitet werden soll, dann sind die Unternehmer moralisch verpflichtet, den durch Mehrarbeit erzielten Mehrgewinn der Gesamtheit zuzuführen. Würde man sie gesetzlich dazu verpflichten, sofort hätten sie kein Interesse mehr an erhöhter Produktion. Uebrigens, wer sich einbildet, aus der körperlich ausgemergelten, seelisch zerrissenen Arbeiterschaft in zehn Stunden eine höhere Leistung herauspressen zu können als in acht Stunden, der muß schon mit Blindheit geschlagen sein. Die Aufhebung des Achtfundentages ist heute einfach nicht mehr möglich. Mag sein, daß kleinere Arbeitergruppen mit beschränktem geistigen Horizont bereit wären, den Achtfundentag auf Mammons Altar zu opfern. Der weiterblickende Teil der Arbeiterschaft, der im Achtfundentag ein Prinzip sieht und der weiß, daß dessen Aufgeben die gesamte Arbeiterklasse weit zurückwerfen würde, dürfte schwerlich kampfflos verzichten. Fortgesetzte Erschütterungen unseres Wirtschaftskörpers müßten die Folge sein, weil der Gedanke des Achtfundentages seelisch schon zu tiefe Wurzeln geschlagen und weil der Arbeiterhaushalt sich seit Jahren praktisch auf den Achtfundentag eingestellt hat. Man stelle sich also dessen Beseitigung nicht allzu leicht vor. Um so weniger wird die Arbeiterschaft sich den Achtfundentag nehmen lassen, als sie weiß, daß sie vom Zehnfundentag außer zwei Stunden mehr Arbeit nichts hätte. Hat doch die Unternehmerpresse früh genug verraten, daß mit der Verlängerung der Arbeitszeit der Lohn nicht erhöht werden dürfe. Wenn also schon die Notwendigkeit für die Verlängerung des Arbeitstages überzeugend nachgewiesen werden sollte, dann dürfte das nicht durch die Unternehmer oder ihre Presse geschehen. Schon ihr Ueberreifer in dieser Frage hat sie verraten. Wenn das deutsche Unternehmertum für die Produktionssteigerung kein anderes Mittel weiß als die Verlängerung der Arbeitszeit, dann hat es mißsamt seinen Technikern seinen geistigen Bankrott erklärt. Dann haben wir es nicht mehr mit Unternehmern im gewöhnlichen Sinne des Wortes zu tun, sondern mit künstlichen Elementen, die, statt in ihr Unternehmen Geist hineinzusetzen, nur Geld herausnehmen wollen. Wenn nur die körperliche Arbeit Deutschland retten kann, dann hat die geistige Arbeit bereits die Waffen gestreckt, und wir brauchen eigentlich keine Unternehmer mehr, sondern es genügen vollauf Betriebsführer, deren Lebensberuf die sachverständige Leitung irgendeines Unternehmens ist, aber nicht dem Unternehmen Kapital zu entziehen in Form von Grafisaktien, Bonus und Dividenden aus verwässertem Kapital. Sind die deutschen Techniker wirklich am Ende mit ihrem Latein resp. mit ihrer Wissenschaft, mit ihrem Streben, mit ihrer geistigen Beweglichkeit, mit ihrem guten

Auf? Ist die technische Entwicklung abgeschlossen? Haben die Unternehmer nicht mehr nötig, mit Rücksicht auf die Möglichkeit der Preisdiktatur sich selbst in geistige Unkosten zu stürzen? Ist ihr Unternehmertum erlahmt? Wollen sie durch das bequemste, Jahrtausend alte Mittel, Verlängerung der Arbeitszeit, ihre eigene mangelnde Energie ersetzen? Wollen sie die Schrittmacher internationaler Unkultur werden? Die Unternehmer und deren politische Parteien haben international das Bestreben, den Achtfundentag zu beseitigen,

Der wöchentliche Verbandsbeitrag richtet sich in seiner Höhe nach dem Tariflohn. Grundsatz ist die Leistung eines Stundenlohnes. Bei Akkordlohn hat die Einreihung in die Beitragsklassen nach dem Stundenverdienst zu erfolgen.

der Arbeiterschaft dadurch die Möglichkeit zu nehmen, sich mit Fragen des öffentlichen Interesses zu beschäftigen, geistig emporzusteigen, zum gleichberechtigten Faktor zu werden im Staats- und Wirtschaftsleben. Die Arbeiterschaft soll in die alte geistige Trägheit und Stumpfheit zurückgeworfen werden.

Es ist einfach nicht wahr, daß die Arbeiterschaft heute weniger leisten würde als vor dem Kriege. Wo es dennoch der Fall sein sollte, liegt die Schuld an den Unternehmern selbst. Ihre eigene Mangelhaftigkeit, ihr unzureichendes Interesse am Betriebe, lediglich die Sucht, möglichst rasch und mühelos viel zu verdienen, ist der Hemmschuh größerer Produktion. Der Unternehmer ist nicht mehr die Seele seines Unternehmens, und so ist es erklärlich, daß die deutschen Durchschnittsunternehmer für ihre eigene, bewußte oder unbewußte, Produktionslabotage einen Prügeln suchen. Dieses Handwerk auszuüben, dafür bezahlen sie ihre Zeitungsschreiber, die tagtäglich ihre Heße betreiben gegen die bald ein Jahrzehnt lang gemarterte deutsche Arbeiterschaft. Wer sich aus jenen Kreisen untersteht, die Arbeiterschaft der Faulheit zu zeihen, wahrlich, der muß die Faulheit besser kennen als die deutsche Arbeiterschaft.

Uebrigens, man beweise uns erst einmal auf Grund einer einwandfreien Produktionsstatistik, daß die deutsche Arbeiterschaft heute weniger leistet als früher. Wohl aus Mangel an Produktion konnten wir unsere Waren massenhaft ins Ausland verschleudern? Zudem, viele Unternehmer haben neuerdings zugegeben, daß die deutschen Arbeiter die Leistungen aus der Vorkriegszeit erreicht oder sogar überholt haben. Uebrigens kann man auch aus den Gewerbe-Inspektionsberichten ersehen.

Noch eine andere Frage muß von den Vertretern des endlosen Arbeitstages beantwortet werden. Wer soll länger als acht Stunden arbeiten? Wir wissen selbstverständlich, daß die Unternehmer keine Ausnahme wollen, nach ihnen soll prinzipiell der Achtfundentag beseitigt werden. Also auch dort, wo heute schon Kurzarbeit besteht. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ kommt allerdings nicht in Verlegenheit. In ihrer Nr. 46 vom 12. November 1922 führt sie aus, welche Folgen die Mehrarbeit zeitigen wird. Sie schreibt:

Wenn die Löhne und Preise steigen, wenn sie über den Weltmarktpreis hinauswachsen, dann ist natürlich an einen Absatz nicht zu denken. Aber wenn die Mehrarbeit geleistet wird, ohne daß die Herstellungskosten zunehmen, dann ist nach dem übereinstimmenden Urteil der Mehrzahl der befragten Firmen sehr wohl die Aussicht auf gesicherten und lohnenden Absatz gegeben. Ebenso ist durchweg die Frage, ob bei der Mehrleistung des einzelnen Personal entlassen werden müsse, verneint worden. Von verschiedenen Seiten wurde sogar hervorgehoben, daß Mehrarbeit eher zu einer Personalvermehrung führen werde, weil die Verbilligung manchen neuen Auftrag hereinbringen wird.

Das klingt zunächst sehr schön. Gewiß, auch wir wissen, daß ein Unterschied ist zwischen der heutigen Wirtschaftskrise und einer solchen, die der Ueberfüllung des Marktes entspringt. Aber die Sache hat einen Haken. Heute leben wir im Zeitalter der Kartelle, Syndikate und Trusts, deren Preisdiktatur zunächst eine Preislenkung verhindern kann und wird. Bei dieser Preisdiktatur haben die Unternehmer gar kein Interesse an einer erhöhten Produktion, die auch gar nicht ihr Ziel ist, sondern lediglich die Beseitigung des Achtfundentages, aber nicht, um im Interesse der Gesamtheit die Preise zu senken, sondern um die Gewinne zu erhöhen. Und nun tritt das Psychologische bei der ganzen Frage in den Vordergrund: Weil die Unternehmerpresse bis jetzt

mit keinem Wort gesagt hat, was mit dem aus der evtl. verlängerten Arbeitszeit erzielten Gewinn geschehen soll, weiß jeder Arbeiter, wo hinaus die Sache soll. Wenn die Unternehmer mit ihrer Agitation für verlängerte Arbeitszeit so sehr das Gemeinwohl im Auge haben, gehört der Mehrerwerb, der hieraus entspringt, nicht in den Dividendensäckel, sondern er muß der Gesamtheit dienstbar gemacht werden.

Der Kapitalismus bringt keine Opfer, er nimmt sie nur, das ist die Quintessenz der Achtfundentagheße in der Unternehmerpresse.

Der kommunistische Betriebsrätekongreß,

der vom 23. bis 25. November in Berlin tagte, ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Die Enttäuschung der Teilnehmer muß um so größer sein, als die kommunistische Presse vor der Tagung lange und laut genug in alle Welt hinausgeschrien hat, nun „muß sich alles wenden“. Die Vorschuhlorbeeren haben das tschechoslowakische kommunistische Organ, den „Vorwärts“, so zu Begeisterung hingerissen, daß er schrieb:

Das Proletariat der Tschechoslowakei, das erst soeben mit der Schaffung von Abwehrschüssen begonnen hat, sieht voll Bewunderung und Erwartung auf die Verhandlungen in Berlin. Das Beispiel der deutschen Brüder, die nach vielen Enttäuschungen endlich den Weg der organisierten Selbsthilfe beschriften haben, muß und wird Nachahmung finden in der Tschechoslowakei und überall, wo Proletarier unter der vereinten Herrschaft der Kapitalisten und Sozialpatrioten schmachten!

Die „Humanität“, das Pariser Kommunistenblatt, schrieb sogar:

Der Betriebsrätekongreß wird in den Ereignissen den entsprechenden Rahmen seiner Aktion finden, und die Stunde der kommunistischen Partei hat geschlagen.

Wenn man ferner bedenkt, daß bei der Kongreß-eröffnung Pieck, der Vertreter der KPD, in seiner Begrüßungsansprache noch erklärte:

„Der Betriebsrätekongreß muß die ihm im Wege stehenden Widerstände brechen“,

dann kann man sich die Enttäuschung derer vorstellen, die wirklich glaubten, dieser wilde Kongreß wäre imstande, die Weltgeschichte entscheidend zu beeinflussen.

Um der Geschichte Rechnung zu fragen, teilen wir mit, daß — nach dem Bericht der „Roten Fahne“ — 846 Delegierte anwesend waren. Eingeladen waren auch die USPD, der USGB, die USA, die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, die Amsterdamer Internationale usw. Es genügt, festzustellen, daß die Kommunisten den Wunsch hatten, mit den Leuten zusammen zu sitzen, die sie in jedem Satz als Verräter bezeichnen. Eine Moral zum Erbarmen.

Die auf dem Kongreß erstatteten Referate waren Schimpfkanonaden auf den USGB und auf die USPD, was man übrigens schon vorher wußte. Eine ganze Reihe von Entschuldigungen wurden angenommen, und wir erwarten, daß man deren Durchführung nicht anderen überläßt. Brandler sagte in seinem Referat:

Wenn der USGB zu jeder Zeit, wenn Kämpfe der Arbeiterschaft in Aussicht stehen, dazu übergeht, Punkte und Forderungen aufzustellen, dann müssen wir den Massen deutlich sagen, daß es nicht mit der Aufstellung von Punkten getan ist, sondern daß diese Punkte durchgeführt werden müssen.

Also ist es wohl nicht damit getan, daß der kommunistische Betriebsrätekongreß nur Forderungen aufstellt, er muß sie jetzt durchführen. Oder gilt das für die Kommunisten nicht? Sollen die Forderungen der Kommunisten wieder der USGB und die USPD durchführen? Brandler hat recht müßige Töne angeschlagen, um nachher den Rückzug anzutreten. Als die rheinisch-westfälische Delegation aus Brandlers Referat die Konsequenzen zog und den Generalstreik forderte, mußte Brandler sich salbieren. Nach der „Roten Fahne“ hat er im Schlußwort erklärt:

Ganz entschieden müsse er sich wenden gegen den Antrag der rheinisch-westfälischen Delegation, der die sofortige Vorbereitung des Generalstreiks empfiehlt im Falle, daß von der Regierung die Beschlüsse des Kongresses nicht anerkannt werden.

Der Vertreter Rheinland-Westfalens habe seine Ausführungen entweder mißverstanden oder mißgedeutet, wenn er verlangt, daß man eine elementare Bewegung, die im Generalstreik gipfelt, schaffen müsse.

Trotz dieser Verwahrung Brandlers wurden „Organisationsbesen“ angenommen, in denen es unter anderem heißt:

„Nicht durch Vorkräge und Belehrungen, sondern vor allem durch die praktische Anwendung der Massenkraft des Proletariats, durch solidarisches Handeln, ist das Klassenbewußtsein zu wecken und zu stärken.“

Demonstrationen und weitere Ausdrucksmittel des Massenwillens sind anzuwenden, wenn den genannten Organen (Betriebsräten und Kontrollausschüssen. Die Red.) der Arbeiterschaft starker Widerstand entgegengesetzt wird.

Was die absichtlich in Unwissenheit erhaltene Masse mit ihrer Kraft anfangen wird, das wissen neben den Völkern vielleicht noch die kommunistischen Führer, desgleichen, was unter „weitere Ausdrucksmittel des Massenwillens“ gemeint ist.

Abgesehen kam auf dem Kongress schon der Kassenamter zum Ausdruck in den Worten des Delegierten Scheffer (Hamborn), der nach der „Roten Fahne“ erklärte, „daß es dem Kongress nicht gelungen ist, besonders positive Arbeiten, mit denen wir vor unsere Mandatgeber treten können, zu leisten, wenn er nicht in der Frage des Generalstreiks positive Beschlüsse faßt.“

Dieser Delegierte dürfte die allgemeine Enttäuschung der Kongressmitglieder zum Ausdruck gebracht haben. Nun kommen die Delegierten heim und bringen nichts mit als einige papierne Resolutionen, die um so wertloser sind, als die kommunistische Partei gar nicht instande ist, auch nur den allerbescheidensten Bruchteil davon zur Durchführung zu bringen. Was bleibt da anders übrig, als wieder auf den ADGB zu schimpfen. Vielleicht lassen sich damit die kommunistischen Anhänger über die Hohlheit der ganzen Phrasendrescherei des Kongresses hinwegtäuschen. Vielleicht sehen sie aber auch ein, daß der ganze Zweck der kommunistischen Parteileitung der war, die „Einheitsfront“ zu zerreißen zur höheren Ehre und im Interesse der kommunistischen Bonzen.

Die kommunistische Taktik,

ist Eist und Schlanheit das Ziel zu erreichen, zeigt sich gegenwärtig bei der Gründung neuer Gewerkschaften zur — Erhaltung der Einheitsfront. Diese Taktik besteht darin, daß die in den Gewerkschaften aufgebauten „Zellen“ im Auftrage Moskaus fortgesetzt gegen das Organisationsstatut handeln und so mit voller Absicht ihren Ausschluß aus den Gewerkschaften herbeiführen. Sie sind dann die Unschuldigen und können der Arbeiterschaft weismachen, sie seien nunmehr berechtigt oder gar gezwungen, neue Organisationen zu gründen. Besonders im Deutschen Banarbeiterverband sind zahlreiche Mitglieder auf diesen plumpen Schwindel hereingefallen. Eine neue Banarbeitersorganisation, der sogenannte „Verband der ausgeschlossenen Banarbeiter Deutschlands“, mit dem Sitz in Chemnitz, ist bereits gegründet.

Um dieser Entwicklung noch mehr Rechnung zu tragen, wenden die Kommunisten im Auftrage ihrer Partei neuerdings eine Taktik an, auf die wir unsere Mitglieder aufmerksam machen, um sie vor Schaden zu bewahren. In Betriebsversammlungen werden ganz bestimmte Forderungen aufgestellt und von der Verbandsleitung deren Durchführung verlangt. In der Regel kann weder eine lokale noch eine zentrale Leitung die Durchführung der Forderungen im voraus bestimmt vorsehen. Jede gewissenhafte Leitung wird immer nur erklären können, ihr möglichstes tun zu wollen. Mehr können ja auch die Kommunisten praktisch nicht vollbringen. Mit ihren Forderungen (z. B. weitgehende Lohnforderungen) verknüpfen nun die Kommunisten einen weiteren Antrag, keine Beiträge mehr zu zahlen, solange ihre Forderungen nicht erfüllt sind. Beschließt eine Versammlung demgemäß (ein vernünftiger Vorsitzender wird über einen solchen Antrag gar nicht abstimmen lassen), dann nehmen die Dinge folgenden Verlauf: Wer sich weigert, Beiträge zu leisten, stellt sich außerhalb der Organisation. Das muß die Organisationsleitung ausprechen, und die kommunistischen Drahtzieher haben erreicht, was sie wollen. Die „Ausgeschlossenen“ werden zusammengefaßt zu einer neuen Organisation, womit die mit so viel Geschick erstrebte „Einheitsfront“ wiederum zerrissen ist. Die auf diese demagogische Weise zerstückelte Arbeiterschaft wird natürlich in ihrer Kampffähigkeit geschwächt, die Kommunisten haben für die Unternehmer gearbeitet. Die betroffenen Mitglieder werden um ihre in der alten Organisation erworbenen Rechte obendrein geprellt, denn die kommunistische Gewerkschaft kennt keine Kranken-, keine Arbeitslosen- und keine Reise-

unterstützung. Wenn die Mitglieder der kommunistischen Gewerkschaft aber glauben, etwas Neues, Besseres zu finden, so täuschen sie sich. In den Richtlinien des kommunistischen Banarbeiterverbandes heißt es z. B.: „Aktionen im Rahmen eines Wirtschaftsbezirks sollen nur im Einverständnis mit dem Zentralbureau vorgenommen werden.“ Also auch da kann nicht beliebig gestreikt werden. Im § 5 ist gesagt: „75 Prozent der Beiträge sind an die Hauptkasse zu überweisen.“ Da außerdem nach § 5 in Nachahmung der freien Gewerkschaften der wöchentliche Beitrag die Höhe eines Stundenlohnes beträgt, aber keine Kranken-, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung gezahlt wird, bedeutet die kommunistische Organisation eine wesentliche materielle Einbuße für jene, die auf den kommunistischen Leim gingen.

Welches ist nun die Absicht der kommunistischen Partei bei Gründung der neuen Organisationen? Die Führung über die Arbeiterschaft zu gewinnen, um sie nach Belieben von einer Aktion zur anderen hegen zu können bis zur völligen Erschöpfung, um so zur berühmten Weltrevolution und zur völligen Verarmung und Barbarei zu kommen. Wir warnen unsere Mitglieder, sich von den Kommunisten auf die geschilderte Art mißbrauchen zu lassen. Wer jetzt nicht hören will, der muß nachher fühlen.

☪☪☪ Aus der Industrie ☪☪☪

Chemische Industrie

Professor Curjchmann zur Steigerung der Arbeitsleistung.

In den allgemeinen Ruf „Nur Mehrarbeit kann uns retten“ stimmen auch die Unternehmer der chemischen Industrie ein. Nur verstehen sie es besser als andere Industrielle, ihre Gegnerchaft gegen den Achtstundentag in der Öffentlichkeit zu verdecken. Wenn man aber Gelegenheit hat, Einblick in das Getriebe des Arbeitgeberverbandes zu gewinnen, stößt man immer wieder auf Taktiken, die auf Durchbrechung des Achtstundentages abzielen, wenn sie auch in andere Formen gekleidet sind. Zum Beweis unserer Behauptung lassen wir ein Rundschreiben des Professors Dr. Curjchmann folgen, das er als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie, Sektion Vh, an die Arbeitgeber heransgegeben hat. Unsere Kollegen mögen sich den Kommentar zu diesem Schreiben selbst machen.

Arbeitgeberverband der Chem. Industrie Deutschlands, Sektion Vh, Der Vorsitzende, C./Z. B. Rundschreiben Nr. 1234. Wolfen, 26. Okt. 1922.

An unsere Herren Mitglieder! Dieses Rundschreiben ist in die Kartothek einzutragen unter dem Stichwort: Produktion. Unterstichwort: Vermehrung.

Wir haben schon auf unserer letzten Verbandsversammlung durch unsere Ausführungen und bildlichen Darstellungen an Hand von amtlichem Material und Veröffentlichungen von namhaften Wirtschaftspolitikern auf Grund unausführlicher Erhebungen von unparteiischer Seite darauf hingewiesen, daß die Warenproduktion Deutschlands auf fast allen Gebieten gegenüber den Vorkriegszeiten einen erheblichen Rückgang, also ein Defizit aufweist. Andererseits wird gleichzeitig betont, daß neben der Revision des Friedensvertrages nur eine Vermehrung unserer Produktion, vor allem, weil sie den Lohnanteil unserer Volkswirtschaft herabsetzt, uns dem Auslande gegenüber konkurrenzfähig erhalten und zu einer Besserung unserer Geldverhältnisse führen kann.

Von der Gestaltung der Löhne und Gehälter wird unter Umständen die Möglichkeit des Wettbewerbes unseres Handels im Auslande abhängen. Andererseits

wird der Möglichkeit einer Mehrproduktion in den gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit, und insbesondere denjenigen, die Ausnahmen von der regelmäßigen Arbeitszeit zulassen, Rechnung getragen werden müssen. So wird also die Frage der Mehrproduktion auch für die sozialpolitischen Arbeitgeberverbände die Grundlage ausschlaggebender Betrachtungen und Entschlüsse bilden müssen.

Dabei muß aber unbedingt daran festgehalten werden, daß diese Produktionsvermehrung nicht etwa im Interesse eines einzelnen angestrebt werden soll, sondern nur dann ins Auge gefaßt werden darf, wenn es sich um Produkte handelt, die exportfähig sind, oder solche, die im Inlandshandel mangeln oder notwendig sind, oder deren Herstellung ihre Einfuhr aus dem Auslande unnötig macht oder vermindern kann, oder vermehrte Herstellung eine Verbilligung auf dem Inlandsmarkt mit sich bringt, wird an eine Mehrproduktion in unserem Sinne gedacht werden können.

Zunächst werden wir uns also zu fragen haben, ob in unserer Industrie allgemein oder für Zweige derselben eine Mehrproduktion im Sinne der Eingangs-ausführungen nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich ist. Man wird sich also zunächst die Frage vorlegen haben, ob auch für eine erhöhte Produktion der genügende Absatz vorhanden ist, sei es, daß die fraglichen Produkte ohne Rücksicht auf ihre Preisgestaltung begehrt werden, oder sei es, daß durch eine Mehrproduktion wir zu einer günstigeren Preisgestaltung kommen und damit uns der Absatz wieder in vermehrtem Maße erschlossen wird. Es interessiert uns dabei im Augenblick natürlich nur eine Mehrproduktion, die mit den augenblicklich tätigen Arbeitskräften, nicht aber durch Vermehrung derselben, erreicht werden kann.

Dabei ist zu bedenken, daß eine Mehrproduktion gegenüber der augenblicklichen einmal dadurch erreicht werden kann, daß bei gleichbleibender Arbeitsdauer die Leistung des einzelnen Arbeiters und damit des gesamten Betriebes — die Erhöhung der Arbeitsleistung durch technische Verbesserungen bleibt zunächst für diese Erörterungen außer Betracht — erhöht wird. Das würde also eine Vermehrung der Produktion in der Zeiteinheit, oder anders ausgedrückt eine Verminderung der für die Mengeneinheit aufgewandten Arbeitsstunden bedeuten.

Damit würde nicht nur die Leistungsfähigkeit des betreffenden Betriebes bzw. der betreffenden Industrie erhöht, sondern auch der Lohnteil an den Herstellungskosten verringert, also das Produkt insofern verbilligt werden.

Für die Beantwortung dieser Frage wird also zu prüfen sein, ob die Leistung des einzelnen Arbeiters in der Zeiteinheit die theoretisch mögliche erreicht, wobei man als Maßstab wohl die Vorkriegszeit, soweit möglich, wählen kann, d. h. also, ob die Mengeneinheit eines Produktes in der gleichen Zahl von Arbeitsstunden wie vor dem Kriege hergestellt wird, oder wie sie sich auf Grund der Fabrikationsvorschriften und der Leistungsfähigkeit von Menschen und Apparatur erreichen läßt.

Es handelt sich also hierbei nur um die Frage, ob die Arbeitsintensität schon die theoretisch mögliche ist oder noch gesteigert werden kann. Für ihre Beantwortung ist es gleichgültig, wie lange die betreffenden Arbeiter täglich arbeiten und wie groß die Zahl der mit der Herstellung der fraglichen Produkte beschäftigten Arbeiter ist.

Ergibt sich also bei diesen Erhebungen, daß die Arbeitsleistungen gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen und daß ihre Erhöhung möglich ist, so wird es nicht besonderer gesetzlicher Maßnahmen oder tariflicher oder sonstiger Vereinbarungen bedürfen, um hier eine Besserung zu erzielen, sondern es werden nur im Rahmen des einzelnen Betriebes, vielleicht unter Inhilfenahme der Möglichkeit, die die Einführung von Akkord- und Prämienzuschlägen auf Grund unserer tariflichen Abmachungen gibt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen sein. Selbstverständlich kann aber auch hier noch manches, wenn nötig, auf dem Wege der Verhandlungen zwischen den Organisationen, vor allem, um Widerstände zu beseitigen und Mißverständnisse aufzuklären, erreicht werden.

FF. Verlebe mit durchgehender Arbeitszeit wird die Frage der Mehrproduktion allein aus diesen Er-

Psychologische Probleme der Trunksucht.

Denkende Arbeiter trinken nicht. Trinkende Arbeiter denken nicht.

Einem Vortrag von Dr. Walter Eimhal (Münster) in der Arbeitsgemeinschaft der Alkoholgegner entnehmen wir folgende, auch größere Kreise interessierende Ausführungen: Daß die Trunksucht seit Beendigung des Krieges im raschen Wiederaufsteigen ist, ist bekannt und in allen Teilen Deutschlands gleichmäßig beobachtet. Die Formen, in denen sie auftritt, sind zum Teil wesentlich schwerere als früher. Der größte Teil der Vorkriegstrinker ist während der Kriegszeit an Erkränkungsständen gestorben, weil ihr Körper den Strapazierungen und der Unterernährung gegenüber weit weniger widerstandsfähig war als der nicht-trinkenden Bevölkerung. Selbst junge Kinder und kranke alte Frauen haben das — nach Jahr 1918 besser überstanden als die oft blühend und anmutig erscheinenden Gewohnheitstrinker. Geldmangel war nur ein verschwindender Prozentsatz. Während die meisten sind in der Heimat an Nerven- und Herzerkrankheiten hingeritten.

Die neue Trinkergeneration, die sich in den letzten 2 bis 3 Jahren herausgebildet hat, bietet nämlich eine viel schwerere Veranlagung als die früheren Jahre. Die „Sarspannung“ sind vorhanden und der stiller, nervenreichere Schnapsgeist ist an ihre Stelle getreten, der nichts mehr vom Leben hofft und sich mit den schlechtesten Schnapsorten nur dazu zu betrinken wagt. Die am besten gefunkelten Trinker genießen jetzt nur verkommenen Sarspanntrinken, den sie in unvollkommenen Dosen trinken, in Trübseltellern, unter dem Vorwand hässlicher Jökannensprüche, ausgebreitet bekommen. Das Ende der Trinker tritt deshalb viel früher ein als in früheren Jahren. Vergiftungserscheinungen des Gehirns und des Herzens zeigen bald zum Tode. Die Organe zeigen meist Verwundungen und Verfestigungen, wie wir sie früher nur bei den giftigsten Schnapsen kannten.

Diese Veränderung der Trinksucht in unserem Volke betrifft übrigens nicht nur die Trinker, sondern besonders in den kleineren Städten auch die besitzenden Bürgerlichen und ständischen Kreise. Zahlreiche kleine Häuser unserer Heimat haben alles

geistige Leben verloren. Lehrer, Ärzte, Richter und Kaufleute sitzen Abends für Abends beim Orso beisammen, zerstören ihr Familienleben, vernachlässigen ihre Arbeit. Es ist kein Zweifel, daß auch hier die Trunksucht kein geistiges Anregungsmittel, sondern Träger und Förderer der Verwahrlosung und der Verwahrlosung ist. In einzelnen dieser Kreise sind Verfallschritte von seiten der Familien gemacht worden, kultivierte Gesellschaftsformen durchzuführen, wie sie in früheren Jahrzehnten dort üblich waren, aber alle diese Versuche sind an der Unfähigkeit der einmal ins Trinken Geratene gescheitert, die zu jeder geistigen und feilschen Anstrengung außerstande sind. Vielleicht gelangt es den großen Alkoholgegnernverbänden, mit Hilfe von Anstalten und Vorständen bestehend und reichend auch in diese Kreise einzudringen. Wichtigste ist, daß stärkere Mittel angewandt werden müssen, um die gefährlichen Teile unserer Bevölkerung zur Selbstbestimmung zu bringen. Das für uns gegebene Mittel wäre das Gemeindefürsorgegesetz, das für alle wahlfähigen Mitglieder der Gemeinde die Möglichkeit gibt, durch Abstammung den Ausschluß von alkoholischen Getränken in einem bestimmten Bezirke zu verweigern. Wenn dann einem Trinker von einer wahlfähigen Nachbargemeinde Alkohol verweigert werden sollte, wäre er durch Gemeindefürsorge in diese Gemeinde zu überführen. Die Gemeinden wären dann schon im eigenen Interesse gezwungen, das Alkoholverbot mitzumachen, wenn sie nicht von Trinkern überfallen werden wollen. Nur in Deutschland das Gemeindefürsorgegesetz herbeizuführen, muß schon jetzt eine politische und parlamentarische Propaganda einleiten. Dafür aber ist sorgfältige wissenschaftliche und statistische Vorarbeit notwendig, die zum Teil schon von Ärzten und einzelnen Volkswirtschaftlern vorbereitet und durchgeführt wird. Jeder, dem die Zukunft unseres Volkes am Herzen liegt, sollte diese Vorarbeit mit allen Kräften unterstützen.

Die amerikanischen Ärzte und der Alkoholgebruch

Die Zeitschrift der amerikanischen Ärztenvereinigungen hat eine Umfrage bei den Ärzten der Vereinigten Staaten veranstaltet, wie sie über die geistigen Getränke als Heilmittel denken. Der große Umfang dieser Erhebung — von ausgefüllten 33 000 Fragebogen

sind 31 115 beantwortet zurückgekommen — versteht ihrem Ergebnis eine besondere Bedeutung. Dabei liegt es in der Natur der Dinge selbst, daß dieses über den Rahmen eines wissenschaftlichen Urteils lediglich über den arzneilichen Wert des Alkohols hinausgeht, vielmehr zugleich die Ansicht der amerikanischen Ärzte über den Wert der geistigen Getränke überhaupt mehr oder weniger zum Ausdruck bringt. 49 v. H. der Antwortenden halten Branntwein nicht für ein notwendiges Arzneimittel; nach Staaten angesehen ist dies die Stellung von 29 gegen 20 Staaten. 74 v. H. erklären sich gegen die ärztliche Verwendung von Bier; in allen Staaten ist es die Mehrheit der sich äußeren Ärzte. 68 v. H. nehmen dieselbe Stellung zum Wein ein. Was jedoch die tatsächliche Ausübung der günstigen oder ungünstigen Ansicht über den Heilwert der geistigen Getränke betrifft, so haben von den Antwortenden, soweit sie auf diese Frage eingegangen — betreffend Branntwein rund 24 500, betreffend Bier rund 21 500 —, bis jetzt keinen Wein verschrieben 56 v. H., kein Bier 87 v. H., keinen Wein 79 v. H., also durchweg die überwiegende Mehrzahl.

Zur Schnapsgefahr

äußert sich Professor Dr. Sabu, der Leiter des Systemischen Instituts der Universität Freiburg im Br., in bemerkenswerter Weise (in einem Artikel „Sozialhygienische Aufsätze in Deutschland“ in den „Sozialhygienischen Mitteilungen“, 1921, S. 3). In Anknüpfung an die starken Einschränkungen von Herstellung und Verbrauch der geistigen Getränke während der Kriegsjahre und ihre legendären Wirkungen sagt er: „Auch diejenigen, die in dieser Frage einen durchaus gemäßigten Standpunkt einnehmen, müssen fordern, daß der Schnapsproduktion nicht wieder durch die Gesetzgebung Vorbehalt geleistet wird. Vom Wein haben wir wenig mehr zu fürchten, weil der hohe Preis ihn selbst in vielen Weingebenden als Volksgetränk unmöglich gemacht hat. Die Bierproduktion sollte in wichtigen Grenzen gehalten werden. Aber eine stärkere Schnapsproduktion müßte gerade jetzt noch verdränglicher als früher wirken, weil erfahrungsgemäß der Einfluß des Schnapses bei unzureichenden Personen noch ein gefährlicher ist.“

wägungen heraus sich beantworten lassen, wie sie selbstverständlich auch für alle anderen Betriebe von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Neben einer etwaigen Erhöhung der Arbeitsintensität kann aber auch die Frage von Bedeutung sein, ob durch eine Vermehrung der Arbeitsstunden des einzelnen eine wünschenswerte Erhöhung der Produktion erzielt werden kann. Auch hierbei werden neben der Vermehrung der verkäuflichen Güter die weitestgehende Ausnutzung der Fabrikationseinrichtungen von Dampf und Kraft die notwendigen wirtschaftlichen Vorteile bieten — Möglichkeiten, die auch dann noch verwirklicht werden können, wenn dabei die Zahl der zur Herstellung der Arbeitsmengen notwendigen Arbeitsstunden nicht vermindert werden kann. Es handelt sich hier vielmehr um die Frage, ob bei gleichbleibender Arbeitsintensität, eventuell natürlich auch bei Erhöhung derselben, eine Vermehrung der täglichen Arbeitszeit einen wünschenswerten Erfolg in dieser Beziehung bringen kann. Dabei kommen natürlich nur Betriebe in Betracht, in denen in einer oder höchstens in zwei Schichten gearbeitet wird. Da die täglich mögliche Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters gesetzlich geregelt ist, so kann diese Frage nicht für den einzelnen Betrieb allein, sondern nur auf dem Wege gesetzlicher Bestimmungen, eventuell tariflicher Vereinbarungen gelöst werden.

Es liegt uns zunächst daran, von unseren Mitgliedern zu erfahren, ob eine Mehrproduktion ihnen nach einer der beiden genannten Richtungen, Möglichkeit eines größeren Absatzes, als bei der augenblicklichen Produktion befriedigt werden kann, Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Auslandsmarkt, infolge Verringerung der Herstellungskosten, wünschenswert und möglich erscheint, und welcher der beiden Wege für sie in Frage kommt. Dabei möchten wir, um von vornherein jede Mißdeutung unserer Angaben und Absichten auszuschließen, grundsätzlich folgendes bemerken:

Wir können wohl annehmen, daß eine Intensivierung der Arbeit, also die Erzielung höherer Arbeitsleistungen der einzelnen Arbeiter, in unserer Industrie meistens nicht dazu führen wird, vorhandene Arbeitskräfte überflüssig zu machen, so daß die Entlassung derselben die Folge sein wird. Soweit dies aber in sehr geringem Umfange der Fall sein könnte, glauben wir darin auch für die Allgemeinheit notwendige und richtige Maßnahmen erblicken zu müssen, weil sie die Möglichkeit ergibt, Arbeitskräfte aus teilweise nicht voll ausgenutzten Arbeitsfähigkeiten einer vollen Verwertung zuzuführen. Die Möglichkeit einer solchen vollwertigen Verwertung der Arbeitskräfte, die so aus einem Betriebe ausscheiden, ist durch die Tatsache gewährleistet, daß, wie schon ausgeführt, unsere Gesamtproduktion in Deutschland erheblich hinter derjenigen der Vorkriegszeit zurücksteht. Die bessere Ausnutzung der Arbeitskraft des einzelnen wird andererseits dazu beitragen, uns Abzahnmöglichkeiten im Auslande (günstigere Preisgestaltung bei geringerem Lohnanteil an den Herstellungskosten wie im Auslande) zu geben und so andererseits uns wieder Arbeitsgelegenheit in vergrößertem Maße zu schaffen. Die ganz geringe Zahl der Arbeitslosen, die augenblicklich in Deutschland gemeldet wird (jüngst 12 000 im ganzen Reiche), gegenüber dem fast fünfzehnfachen Betrag in der Vorkriegszeit, unterstützt diese Auffassung, daß einer durch Intensivierung der Arbeit etwa in einzelnen Betrieben überflüssig werdenden Zahl von Arbeitskräften in der eigenen oder fremden Industrie oder in einem anderen Gewerbe ohne weiteres Arbeitsgelegenheit gegeben werden kann.

Und nun zur Frage der Erhöhung der Arbeitszeit. Es liegt uns vollkommen fern, generell oder auch nur für einzelne Fälle eine gesetzliche Änderung des Achtstundentages anzustreben. Daß aber in der augenblicklichen Lage Deutschlands, und solange dies anhält, auf Grund besonderer Verhältnisse, aus denen unsere Allgemeinwirtschaft den für sie notwendigen Nutzen ziehen kann, auch zu dem Mittel einer vorübergehenden Vermehrung der allgemeinen täglichen Arbeitsstunden gegriffen werden muß, wird ja nicht nur theoretisch, sondern auch schon praktisch von der Arbeiterschaft selbst (siehe Ueberstunden-Abkommen im Bergbau) anerkannt. Nur an einen ähnlichen Weg, wie er im Bergbau beschritten worden ist, würden wir, wenn die Frage der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit seitens unserer Industrie behaftet würde, denken.

Aber auch schon hierfür muß die Bahn frei gemacht werden, wie im besonderen die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Organisationen diese Möglichkeit erst erreichen kann. Dazu muß aber ausdrücklich betont werden, daß nicht etwa unser Verband selbständig nach dieser Richtung hin vorgehen kann, ja, daß zunächst überhaupt erst geprüft werden muß, inwieweit es sich hier um ein Sonderinteresse der chemischen Industrie handelt, oder ob in diesem Falle nicht die gesamte deutsche Industrie die notwendigen Schritte tun muß. Es handelt sich also für uns zunächst darum, die Unterlagen für diese Erwägungen in unserem Verbands zu finden, um daraus erkennen zu können, ob und wo in unserer Industrie die Verhältnisse so gelagert sind, daß die Frage der Mehrproduktion ernsthaft erörtert werden kann.

Wir bitten daher unsere Mitglieder, uns auf Grund der vorstehenden Ausführungen zu berichten, ob und welche Wünsche für sie nach dieser Richtung hin vorhanden sind.

Hochachtungsvoll

gez.: Dr. Eufschmann, Vorsitzender.

Neue Opfer der Kommunistischen Partei.

Ein wilder Streik ist wieder im Gange. Tausende von Arbeitern liegen in Ludwigshafen wieder auf der Straße, jetzt, ganz kurz vor Weihnachten, wo jede Mark Lohnausfall doppelt schwer empfunden wird. Und weshalb? Die Kommunistische Partei will es so, es ist gerade, als ob sie in sadistischer Freude sich am Anblick

ihrer Opfer weiden möchte, oder als ob die ganze Leistung aus Irrenhäusern bestünde. Im nachstehenden soll die kommunistische Taktik kurz geschildert werden:

Die in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen tätigen Kommunisten wollten selbstverständlich auf dem wilden Betriebsrätekongress zeigen, daß sie auf der Höhe sind. Es sollten Vertreter gewählt werden. Die Gewerkschaften hatten von vornherein jede Mitwirkung hierbei abgelehnt und ihre Mitglieder ausdrücklich vor einer Förderung dieser gewerkschaftszerstörenden Aktion gewarnt. Von seiten unseres Verbandes sind Warnungen ergangen in den Nummern 39 und 43 des „Proletariats“, ebenso im „Mitteilungsblatt“ Nr. 32. Der Kommunistischen Partei können und wollen wir keine Vorschriften machen, was sie tut, geht auf ihre „Verantwortung“.

Die Kommunisten der Badischen Anilin- und Sodafabrik beriefen also auf eigene Faust eine allgemeine Betriebsversammlung ein. Um die Sache zugkräftiger zu machen, wurde als ein Tagesordnungspunkt „Lohnfragen“ vorgelesen. Die von ungefähr 6000 Werksangehörigen besuchte Versammlung war natürlich auch der Meinung, der wilde Betriebsrätekongress werde die Welt aus den Angeln heben. Die Versammelten wählten fünf Delegierte und brachten durch Sammlungen die Kosten hierfür auf. Damit hatten sie nochmals ausdrücklich dokumentiert, daß sie auf eigene Faust ohne Gewerkschaften handeln wollten. Nunmehr setzte die aller gewerkschaftlichen Erfahrung hohnsprechende verbrecherische Taktik der Kommunisten erst ein. Sie ließen die Versammelten beschließen, daß die Arbeiterschaft geschlossen hinter den Delegierten stehe, falls Maßnahmen erfolgen sollten. Ein Wahnsinn angesichts der Tatsache, daß jeder wußte, die Arbeiter haben in diesem Falle auf jede gewerkschaftliche Unterstützung von vornherein keinen Anspruch. Die Sache verlief nun programmgemäß wie die Kommunisten es wünschten. Den Gewählten wurde von der Firma der Urlaub verweigert mit der gleichzeitigen Entlassungsankündigung im Falle des Fernbleibens von der Arbeit. Damit hatte die Firma zum Ausdruck gebracht, daß sie den Kampf sucht. Drei von den Gewählten fahren trotzdem zum Kongress, und als sie zurückkamen, wurden sie am Montag, 27. November, listlos entlassen. Das Gewerbegericht Ludwigshafen gab der Firma recht. Nun hatten die Arbeiter ihr in der Versammlung gegebenes Versprechen einzulösen. Tausende von Frauen und Kindern sollten wegen drei gewissenlosen Menschen ins Elend getrieben werden. Die Arbeiter zögerten. Sie übten zunächst passive Resistenz. Die Firma erläßt eine Verwarnung. Aber nun geht es den verbrecherischen Elementen, denen Familienglück ein Dreck ist, zu langsam. Die kommunistischen Stoßtrupps treten in Aktion, gehen von Betrieb zu Betrieb, reißen die Feuer heranz. Die Gewerkschaften versuchten noch einmal das Schlimmste zu verhindern, forderten durch Flugblätter die Arbeiter auf, den Putsch nicht zu unterstützen, sondern weiterzuarbeiten. Alles nützte nicht. Es rasi der kommunistische See und will sein Opfer haben. Circa 20 000 Menschen sitzen auf der Straße.

Die Kommunisten wollen nunmehr — wie immer — den Generalfreik. Fieberoll ruff „Die Rote Fahne“, Nr. 526 vom 28. November 1922, bereits aus: „Das deutsche Proletariat muß den Kampf aufnehmen und der kämpfenden Belegschaft aktive Solidarität und Unterstützung entgegenbringen.“

Wenn es nach der kommunistischen Partei mit ihrer Dummengenenstrategie ginge, dann gäbe es schon längst keine gewerkschaftlichen Organisationen mehr. Nach Bitterfeld, Merseburg, Höchst, Leverkusen hat nun auch Ludwigshafen seinen kommunistischen Putsch hinter sich. Auch da werden die Folgen dieselben sein wie an den anderen Orten: Schwächung der Kampfkraft der Arbeiter, Stärkung der Gelben.

In Ludwigshafen ist die Arbeiterschaft genau wie an den genannten Orten auf das verführerische, gleisnerische Verede der Kommunisten sehenden Auges in ihr Elend gerannt. Sie sind — obwohl seit Jahren organisiert — ihr Verbandsstatut mißachtend in eine Bewegung hineingelaufen, der jede gewerkschaftliche Basis und jedes gewerkschaftliche Ziel fehlt. Die Organisation hat zeitig genug gewarnt, die Arbeiter haben nicht gehört auf die Warnung der sorgenden Organisationsleitung; die Arbeiterschaft hat es vorgezogen, die Gewerkschaft beiseite zu schieben und der kommunistischen Partei zu folgen. Hoffentlich denkt die Arbeiterschaft wenigstens jetzt logisch und fordert die kommunistischen Einseitiger und deren Partei zur Rechenschaft auf. Der Verband hat mit der Sache nichts zu tun. Er wird aber seinen Einfluß geltend machen und versuchen, soweit wie möglich die Opfer des kommunistischen Frevels auf das kleinste Maß zu beschränken.

Zum Verhalten der Firma wollen wir noch sagen: Es ist ein Skandal, daß sie sich anmaßt, zu bestimmen, ob jemand Urlaub haben soll oder nicht. Obwohl wir den kommunistischen Kongress verwerfen, erklären wir doch: Es geht die Firma gar nichts an, wozu Arbeiter ihren Urlaub verwenden. Oder glaubt sie, noch Sklaven vor sich zu haben? Haben die Kommunisten veranlassungslos gehandelt, dann die Firma rücksichtslos, wie nur der grausamste Kapitalist es kann. Ihre böse Tat kann keine guten Früchte tragen.

Industrie der Steine und Erden

Betriebsleiter, für die es keine gesetzlichen Bestimmungen gibt. Eine eigenartige Auffassung über die Rechte der Betriebsleiter hat die Firma Wagon, Duisburg-Großfeld zu herrschen lassen. Ein Betriebs- oder Arbeiterrat zum Herrn Direktor Marquardt so kann es unter Umständen 4 Stunden dauern, bis Herr

Marquardt von deren Anwesenheit Notiz nimmt. Von Sitzungen des Betriebsrates unter Hinzuziehung der Organisationsvertreter ist Herr Marquardt ein besonders großer Feind. Er lehnt derartige Sitzungen grundsätzlich ab. Auch der Hinweis auf das Betriebsrätegesetz hat keine Wirkung. Herr Marquardt erklärt einfach, was geht mich das Betriebsrätegesetz an, ich lasse mich von keinem zwingen, wir machen was wir wollen. Tarifliche Abmachungen bezeichnet Herr Marquardt als Unfuss und Quatsch. Andererseits versteht es Herr Marquardt ausgezeichnet, etwaige tarifliche Bestimmungen zum Nachteil der Arbeiterschaft auszunutzen, während er Bestimmungen, welche für die Arbeiterschaft von vorüberem vorteilhaft sind, unbeachtet läßt oder ins Gegenteil umkehrt. § 23 des Reichsarbeitsgesetzes für Steine und Erden besagt z. B., daß die Lohnzahlung während der Arbeitszeit zu erfolgen hat. Trotz wiederholter Mahnung des Betriebsrates und der Organisation, sich an den § 23 zu halten, erfolgt die Auszahlung des Lohnes noch immer nach beendeter Arbeitszeit. Wenn Herr Marquardt es ablehnt, an Sitzungen des Betriebs- und Arbeiterrates zur Beilegung von Differenzen teilzunehmen, dann wird die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft künftig ihre Beschlüsse allein fassen und ihnen Anerkennung verschaffen.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Änderungen in der Erwerbslosenfürsorge.

Eine Verordnung über Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge ist am 18. November 1922 erschienen und hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des § 9 Abs. 4 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 (RGBl. S. 1337) in der Fassung der Verordnung vom 21. März 1922 (RGBl. S. 280) verordnet der Reichsminister des Innern und mit Zustimmung des Reichsrats, was folgt:

Die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung betragen

Table with columns for categories (a, b, c) and amounts for different groups (A, B, C, D, E).

Diese Verordnung tritt am 20. November 1922 in Kraft.

Berlin, den 18. November 1922. Der Reichsarbeitsminister. Dr. Brauns.

Berichte aus den Zahlstellen.

An die Schriftführer und Berichtsführer.

Auf seiner letzten Sitzung hat der Verbandsrat beschlossen, daß „Der Proletarier“ zunächst in der Regel nur vierseitig erscheinen soll. Dadurch erspart der Verband gegenwärtig schon bei jeder Wochenansgabe des „Proletariats“ 4 Millionen Mark. Bei vorläufiger Auswahl des Stoffes für unser Verbandsorgan und bei Ausweitung alles dessen, was nicht von Gemeininteresse für unsere Mitgliedschaft ist, wird der Wegfall eines halben Bogens nicht allzu schmerzhaft empfunden werden. Die Aussprache in der Beiratsitzung hat vor allem ergeben, daß die Zahlstellenberichte entweder ganz ausgegliedert werden oder nur zum Teil Aufnahme finden sollen. Ausgeschlossen werden müssen in erster Linie die Versammlungsberichte, die nichts enthalten als die Mitteilung der Tagesordnung, die Verlesung des Protokolls, die Detaillierung der Abrechnung, die summarische Wiedergabe der Versammlungen und Sitzungen, überhaupt alles, was nur die Mitgliedschaft am Orte interessiert. Solche Dinge gehören ins Protokollbuch, aber nicht in den „Proletarier“. Aufgenommen werden können nur Berichte über außergewöhnliche Vorkommnisse, die für die Mitgliedschaft im Reich orientierend, warnend oder belehrend wirken können, oder Kritiken, die erst durch ihre Bekanntwerden in der breiten Öffentlichkeit fruchtbringend zu wirken geeignet sind. Wer also an den „Proletarier“ etwas zu berichten hat, der lege sich immer erst die Frage vor: Hat meine Mitteilung nur Interesse für die Mitgliedschaft am Orte, oder ist sie geeignet, das Interesse der Gesamtmitgliedschaft im Reiche zu erwecken? Wer sich also unnötige Mühe und Arbeit sparen will, der verfähre entsprechend den hier gegebenen Hinweisen. Die Redaktion.

Wochens. Eine am 19. November tagende, von allen Industriegruppen besetzte Funktönerversammlung protestierte gegen das Bestreben der Unternehmer auf Verlängerung der Arbeitszeit. Der Hauptvorwand soll geeignete Maßnahmen gegen die Beilegung des Achtstundentages ergreifen. (Durch die Beschlüsse der 6. Beiratskonferenz sind die Anträge der Bochumer Funktönerversammlung bereits überholt. A. Red.)

Elmsborn. Gewerkschaftliche Szene. In unserer Zahlstelle konnte die Kollegin Adanitsch am 21. Oktober d. J. auf ihre 23jährige Mitgliedschaft in der Organisation zurückblicken. Die Jubiläum steht im 71. Lebensjahre und entrichtet ihre Verbandsbeiträge noch voll an die Organisation, trotzdem sie seit langen Jahren nicht mehr in Arbeit steht. In der letzten Mitgliederversammlung teilzunehmen, ließ sich die alte Veteranin nicht nehmen. Der Vorsitzende gedachte in ehrenden Worten ihrer treuen Mitgliedschaft bis auf den heutigen Tag, was sie sich nicht hätte. Mit großem Interesse folgte sie den Verhandlungen der Tagesordnungspunkte. Möchte sich so mancher Kollege und manche Kollegin an dieser Szene ein Beispiel nehmen, die Stoßkraft der Arbeiterschaft würde eine bedeutend größere sein. Dr.

München-Gladbach. Unionisten — Syndikalisten. Nach dem Kriege hat es eine Zeit gegeben, da in Deutschland größere Teile der Arbeiterschaft den Lenks Geßer schätzten, die ihnen die Verwirklichung des Sozialismus durch die nahe bevorstehende Weltrevolution versprochen. In jenen Kreisen zählten vor allem Unionisten und Syndikalisten. So war es auch am schwarzen Niederrhein. Bis zum Ausbruch der Revolution hatte man hier von der werdenden Kraft des Sozialismus wenig oder gar nichts verstanden. Erst in allerjüngster Zeit wachten die Unionisten von sich reden, besonders dadurch, daß sie sich gegen den angeblichen Terror eines im Fabrikarbeiterverband organisierten Betriebsratsvorsitzenden unter die schützenden Fittiche des Staatsanwaltes stützten. (Siehe den Artikel: „Staatsanwalt, hilf den Unionisten“ in der Nr. 47 des „Proletariats“ vom 21. November 1922.) Weil aber anscheinend der Staatsanwalt nicht schnell genug geholfen hat, muß man sich an den Zentralgewerkschaften auf andere Weise helfen. Reichsherrlich wird ein Streik inszeniert, und wer sich nicht freiwillig anschließt, der wird nicht etwa mit Terror, sondern mit „sanfter Gewalt“ in denselben hineingetrieben, zur reiblosen Befreiung der

Arbeiterchaft aus dem Sklavenjoch". Das kleine Landstädtchen Oedt, nahe der holländischen Grenze, war der Ausgangspunkt einer Streikbewegung, die berufen war, die Weltrevolution zu entfachen. Da die Durchführbarkeit der gestellten Forderungen (u. a. Zahlung der Löhne in Goldwährung) glaubt nicht einmal die Führer des Streikes. Entgegen dem Kellwort: "Der Starke ist am mächtigsten allein!" freiben sie einen Betrieb nach dem anderen in den Streik. Mit Drohungen und mit Gewalt wird vernünftig denkenden Arbeitern der Eintritt in die Betriebe verweigert. Auf diese Weise gelang es ihnen auch, unsere Organisation in Mitleidenchaft zu ziehen. Tagelang hatten sich die Kollegen der Pappfabrik 5 Lehnen in Stille dem unmöglichen Treiben widersetzt, bis auch sie am Weg- und Wegfall das Schicksal erreichte. An diesem Tage fand eine Belegschaftsversammlung des Betriebes statt, in welcher der Angestellte der Zahlstelle M. Glabach unseres Verbandes zu der Angelegenheit Stellung nahm. Er legte den Anwesenden auseinander, daß der Generalkreis in ländlichen Kreisen Kampfen im Vergleich zum übrigen Deutschland eine Revolution im Wasser-gelose sei. Er zog des müden Gebarens der im Betriebe beschäftigten und in der Versammlung amnestischen Unionisten stimmte die Belegschaft mit Mehrheit gegen den Streik. Dies war nun für die vor der Tür des Versammlungsortes stehenden Streikenden das Signal, die Versammlung zu sprengen und die anwesenden Ange-stellten zu bedrohen. Sie kollegien, die gegen den Streik gestimmt hätten, wurden als Schaffe und Verräter bezeichnet und bedroht, falls sie am nächsten Tage den Betrieb aufsuchen sollten. Was war aber kein Terror, sondern nur ein Appell an das Solidaritätsgefühl. Weiter behauptete ein Spionhals, es handle sich nicht um einen Streik, sondern um eine Aktion. Wie kann man es in den Köpfen dieser Leute ansehen. Am nächsten Tage sollte die Belegschaft der Papierfabrik Ekan in Wiersen durch einige Handlari vor dem Fabrikator stehende Streikende gezwungen werden, "frei-willig" in den Streik zu treten. Hier wie in Krefeld hatte aber die Rücksichtnahme ein Loch, weil sich die Kollegen weigerten, mitzumachen. Damit nun kein Stillstand in der Ausbreitung des "Generalkreises" einträte, griff der Konfusionsrat, der sich groß-spurig Aktionsausmaß für den Kreis Kampfen nennt, zu seinen geistigen Waffen. Das Produkt angelegten Briefens war ein Flugblatt, überschrieben: "Warum streiken wir? In die ver-käufliche Beschränkung! Anstatt nun gleich den Lesern die Frage zu beantworten: "Wollt der Aktionsausmaß für den Kreis Kampfen an Großwahn leiden!", wird nach Aufzählung der streikenden Betriebe mitgeteilt, daß es ihnen nicht mehr möglich sei, ihren lebenden (?) Leichnam zur Arbeitstätte zu schleppen. Dabei hat aber dieser Leichnam noch die Kraft, Versammlungen zu sprengen und handlungsfähige Märsche zu machen, um alleinlebende Betriebe zum Stillstand zu bringen. Weiter auf das Flugblatt eingegangen, hieß diesem Geistesprodukt zu viel Ehre ernten und unserm Blatte den Platz rauben. Aber klar und deutlich geht aus der Bewegung hervor, daß am schwarzen Riechert, wo bis zum Ausbruch der Revolution der größte Teil der Arbeiterchaft glücklich organisiert oder indifferent war, heute vorher nie gesehene Heiden anfangen, die Grenzen, die jahrzehntelange gewerkschaftliche Einwirkung über Bord werfen zu können, und nun versuchen, mit Phrasen und im Handumdrehen das Wirtschaftssystem umzuwälzen. Sollte es den "Genossen" von der Union diesmal nicht gelingen, an der holländischen Grenze die Weltrevolution aus der Lauge zu heben, dann empfehlen wir ihnen, nochmals die Hilfe des Staatsanwaltes zu erbitten. Vielleicht ist er jetzt eher zur Hilfe bereit als beim "Terror" des Fabrikarbeiterverbandes. Windels.

Wiesdorf. Die Gewerkschaftspalter an der Arbeit. Die neueste Perle der Kommunisten fällt zur Zeit die Spalten der kommunistischen Zeitungen: Keine Zerstückelung der Gewerkschaften! Alle Kommunisten haben in den Gewerkschaften zu arbeiten, um sie zu revolutionarisieren; wer entgegen-gegesetzt handelt und zum Austritt aus den Gewerkschaften auffordert, wird aus der Partei ausgeschlossen. Die Gewerkschaftsbureaokratie will die Gewerkschaften spalten, damit sie die Arbeiterchaft gegen die Bestrebungen der Kapitalisten, den Abschluß des Streikes zu bewirken, nutzlos machen! usw. Das ist die alte bewährte Taktik der Spaltmeister, die bei der Verpöschung eines: Galtes den Dieb! Es ist bekannt, daß die Spaltmeister angewiesen sind, nach ihrem Spaltmeister Lema zu verfahren, unter allen Umständen in die Gewerkschaften einzudringen, selbst unter Anwendung illegaler Methoden; wenn aber alle Mittel versagt sind, vor einer Spaltung der Gewerkschaften nicht zurückzutreten. Mit welcher Energie aber in Wiesdorf getrieben wird und welche Korruption in den Kreisen der Führer der Kampfbereitschaft der Arbeiter dort herrscht, ergibt man aus dem Verlauf einer Versammlung der jüngsten Instanz in der "Verglichenen Arbeiterkammer" voran: "Gewerkschaftsopposition und Union der Hand- und Scharbeiter! Im Freitag, dem 21. d. M., abends 7 Uhr, bei Schweißerei, möge die Versammlung, z. B.: 1. Unsere Arbeit in den Gewerkschaften. Referent: Ernst Schelle (Wiesdorf). 2. Wahl eines Arbeitsausschusses. 3. Verschiedenes. Alle Gewerkschaften und alle, die in den Gewerkschaften in Opposition stehen und sich zur Union der Gewerkschaften internationalen bekennen, müssen unbedingt teilnehmen." So hoffnungsvoll die Einladung gestaltet war, hat sie doch nicht die erwartete Zustimmung. Es war ein überaus ruhiges und ernstes Ereignis. Das Referat Schelles be-zugte sich im Wesentlichen auf die Partei. Eine Stenographie ist eine ein-mal die gesamte Gewerkschaftsbureaokratie, und er kann es sich immer nicht verkneipen, daß ihm der Bureaokratenspiegel entgegen-kommt. Jetzt arbeitet er mit Feuerkraft daran, andere Sozial-gelehrte zu spalten. Zum Referat ist also wenig zu sagen, die Wendung ist bekannt. Eine andere Sache ist es mit dem Arbeits-ausschuss. Nach den Ausführungen Schelles sollen alle arbeits-geleiteten Gewerkschaften organisatorisch zusammengefaßt werden, zum bei gegebenem Zeit selbst einen Laden eröffnen zu können. Das allen Gewerkschaften sind ein oder mehrere Mitglieder zu bestimmen, die die Geschäftsleitung (Leitung) durchzuführen haben; über diesen Arbeitsausschuss steht ein Vorstand, bestehend aus zwei Vorständen, einem Kassierer und dem Schriftführer. Nach den Worten Schelles sollen diese Ausschüsse in den Gewerkschaften die Opposition zu streuen und zu beseitigen; sie sind verpflichtet, in jede Versammlung und Betriebsversammlung zu gehen; sie haben sich mit Geldgebern zu verhalten und zu verhalten, den Kreis der Kapitalisten zu verengen. Für alle von der Opposition eingehenden Vorschläge haben sie die Möglichkeit einzutreten und die Entscheidungen der Arbeiter mit Beschlußgebungen zu begleiten. Eine weitere Aufgabe soll es sein, den Vertriebsrat der Gewerkschaften zu beauftragen und die Gewerkschaften zu den Re-feraten der Betriebsräte vorzubereiten. Auf diese Weise werden die Gewerkschaften zu "Kampfbereitschaften" umgewandelt. 2. Unsere Arbeit in den Gewerkschaften der Kommunisten, die Gewerkschaften zu streuen. In den Gewerkschaften und dadurch Kampfbereitschaft zu machen, daß entsprechende werden. Das Wort Korruption ist in diesem Sinne viel zu gebrauchen. Die Zerstückelung der Gewerkschaften kann also ohne jeden weiteren Verlaß nehmen. Werden sich die Gewerkschaften Wiersdorf heute verheerenden Wagners-taktik nicht gelassen haben! Es wird Zeit sein, daß der gewerkschaft-liche Geist sich diesen Tränen enthält.

gefunken. Im Holzarbeiterverband (245 000 Mitglieder) sind 2 Pro-zent, im Verband der Gemeindefabrikanten (163 000 Mitglieder) 2 1/2 Prozent, im Verband der Arbeiter der Zuckerfabriken 1 Pro-zent Kommunisten zurückgeblieben. In den übrigen Verbänden ent-fällt ein Kommunist auf je 500 bis 600 Mitglieder.

Die postalistischen Millimeter-Bruchteile.

Ein Zeitdokument wollen wir hier niederlegen, damit die Nachwelt erfährt, mit welcher Genauigkeit wir im Jahre 1922 unsere Arbeiten erledigt haben. Insofern mit der Lupe am Auge und dem Mikrometer in der Hand. Am 16. November 1922 erhielt der Hauptvorstand des Ver-bandes der Fabrikarbeiter Deutschlands durch die Post in Hannover eine Postkarte aus Ludwigsbafen zugestellt, richtig frankiert mit einer Marke für 6 Mk. Trotzdem mußte der Hauptvorstand — wollte er die Karte haben — 12 Mk. Strafporto bezahlen, obwohl auch der Brief-träger beim besten Willen nicht sagen konnte, weshalb die Karte Strafporto erheische. Auf eine Beschwerde bei der Oberpostdirektion kam zunächst die Mitteilung, die ominöse Postkarte sei an die zuständige Stelle weiter-geleitet worden. Direktoren, Inspektoren und wer weiß sonst noch beschäftigten sich mit der Karte, bis wir endlich am 23. November durch folgende Mitteilung von unserem postalistischen Altpdrück befreit wurden:

Die Höchstmaße der nicht von der Post bezogenen Post-karten sind nach der Postordnung auf 15,7 : 10,7 Zentimeter fest-gelegt. Diese Größe überschreitet die anliegende Karte in der Breite um ein geringes. Im Hinblick darauf, daß diese über-schreitung nur Bruchteile eines Millimeters beträgt, wird Ihnen die gezahlte Nachgebühr durch den Briefträger erlassen werden.

Nun wurde wieder der Kassierer des Postamtes mobil gemacht durch entsprechende Anweisung auf Aus-zahlung des Strafportos, es erfolgt Buchung bei der Post, beim Hauptvorstand usw., alles wegen der "Bruch-teile eines Millimeters".

Die in Frage stehende Postkarte ist an den Breit-seiten entlang perforiert, wie es bei den Schreib-maschinenkarten der Fall ist. Und wenn man die beim Abriß von der Rolle entstandenen Papierstrangen peinlich genau mißt, kommen auf der einen Seite der Karte "Bruchteile eines Millimeters" über die vorgeschriebene Breite heraus. Auf der entgegengesetzten Seite wird das Höchstmaß gar nicht erreicht. Rechnet man jedoch die durch die Perforation entstandenen Spalten als Füll-material für die auch durch die Perforation entstandenen Kerben, dann überschreitet die Karte nirgends die Vor-schrift des Postamtes. Durch ein wissenschaftliches Gut-achten könnte diese Tatsache noch erhärtet werden. Solche Dinge passieren heute, aber freilich, es soll ja Mehrarbeit geleistet werden, damit das Reich hochkommt.

Unproduktive Lohnlasten.

Der Ostpreussische Arbeitgeberverband für Handel, Industrie und Gewerbe veröffentlicht seinen Geschäfts-bericht für das Jahr 1921, in dem er auch von sogenannten "unproduktiven" Lohnlasten spricht, worunter er solche versteht, die "nicht als Entgelt für eine Arbeitsleistung bezahlt werden". Das ist nämlich auf Deutsch gesagt der Arbeiterurlaub. Die geldliche Belastung des Unter-nehmers durch Urlaub betrug im Berichtsjahre im Durchschnitt 138 Mk. pro Arbeiter jährlich, der höchst-belastete Betrieb mußte 283 Mk., der am geringsten belastete 75 Mk. aufwenden. Wenn man nun zu diesen so unerschwinglichen Ausgaben noch die "unproduktiven" Lohnlasten rechnet, die dem Unternehmer durch die Fort-bildungsschule, die Betriebsratsleistungen und die Lohn-zahlung während der Arbeitszeit erwachsen, dann be-kommt man eine Gesamtsumme von 182 Mk. jährlich, die das Unternehmertum für diese sozialen und kulturellen Einrichtungen zu zahlen hat. Eine Summe, die lächerlich ist im Verhältnis zu dem Betrage, den die Arbeitskraft dem Kapital während der Zeit einbringt, und lächerlich im Verhältnis zu dem großen Kulturwerte und der volks-gesundheitslichen Bedeutung, wie Betriebsrat, Arbeiter-urlaub und Fortbildungsschulwesen sie darstellen.

Fürerliches.

Wesen und Ziel des Arbeitsrechts, von Heinz Posthoff (München). 300 Seiten, Preis 110 Mk. (Berlin 1922). Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-bundes u. a. H. Der Verfasser ist durch seine jahrzehntelange Tätigkeit auf dem Gebiete des Arbeitsrechts rühmlichst bekannt. In der vorliegenden Arbeit wird nachgewiesen, daß die rechtliche Stellung des Arbeitnehmers im bürgerlichen Gesellschaft als Schuldenverhältnis dem Wesen des Arbeitsrechts nicht entspricht. Dem die Freiheit des Staatsbürgers gibt dem Arbeitnehmer noch nicht die Möglichkeit, den freien Arbeitsvertrag mit seinem Arbeit-geber gleichberechtigt abzuschließen, da in der Tat der Unternehmer gegenüber dem Arbeitnehmer stets im Vorteil sei. Dieser Zustand sei nur zu beseitigen durch Anerkennung des personenspezifischen Charakters des Arbeitsverhältnisses, und zwar auf kollektiver Grundlage, als Organisationsprinzip. Die Schrift enthält als An-bang wertvolle Abhandlungen über Rechtscharakter des Arbeits-verhältnisses, Beamtenverhältnis und Arbeitsverhältnis sowie Arbeitsverhältnis ohne Arbeitsvertrag. — Posthoff hat hier in dankenswerter Weise seine Gedanken über das Arbeitsrecht entwickelt und dadurch für jeden Anhänger und Verehrer des Arbeitsrechtes wertvolle Arbeit zur weiteren Entfaltung dieses wichtigen Gebietes, von dem das Staatswohl überhaupt abhängt, geleistet.

Und Redaktionen, in der Heimat des Polaren. Die zweite Thule-Expedition 1918/19. Mit 12 einfarbigen und 4 bunten Bildern und mit 10 Karten (Leipzig, Buchverlag).

Das größte Geheimnis ist heute noch der Arktis. Wer kann sagen, daß er den Polarmenschen, den Eskimo, daß er dessen Heimat, Grönland, wirklich kennt? Und dabei besteht seit mehr als tausend Jahren, seit den Tagen der alten nordischen Wikinger, eine feste Verbindung Europas mit Grönland. In die harte noch bestehende bedauerliche Unkenntnis lenkt das Buch Knud Ras-mussen's kräftig hinein und verheißt die Geheimnisse alten gelobten Überlandes. In voller Ursprünglichkeit, im wilden Leben tritt der Mensch des Nordpols dem Leser entgegen, und Rasmussen ver-keilt es meisterhaft, uns diese ungeliebten Eskimos zu weichen Fremden zu machen. Gerade Rasmussen ist wie kein anderer Weiser dazu berufen, denn er ist in Grönland geboren. Und nicht nur das Leben der Polarmenschen will sich in seinen kerngehenden Worten in dem Buche abspiegeln, auch die Kunst der Eskimos, be-sondere die Kunst, die ihnen das Leben in den eiskalten Co-

ditionen erst ermöglichen, sind an erster Stelle geschildert. Durch seine wiederholten Reisen in Grönland, von denen die zweite Thule-Expedition eingehend geschildert wird, hat Rasmussen überraschende Forschungsergebnisse erzielt. Er konnte dies nur, weil er, als Erster, Eskimos als mit den europäischen Gelehrten gleichberechtigte Mit-glieder in seine Expedition aufgenommen hat, und weil er das ganze Leben seiner Expedition nach der Art des Polarmenschen eingerichtet hat. Nur dadurch war es Rasmussen mit seinen wenigen Begleitern möglich, den großen Erfolg zu haben, wo die nach der bisherigen Auffassung am reichsten ausgestatteten Forscher elend scheiterten und zahlreiche Menschen nutzlos geopfert wurden. Neben den Humor, der auch das harte Leben der einfachen Natur-kinder wohlwollend durchleuchtet, tritt die Tragik des Menschenlebens in ihrer vollen Tiefe. Uns Herz greifen die Seiten, in denen Ras-mussen ein Denkmal seinem Freunde Thorild Wulff setzt, der im Eis Grönlands trotz aller Rettungsversuche einen elenden Tod sterben mußte. Als ein Denkmal unergründlicher Laskraft und nimmermüder Menschenliebe steht das Werk da, und einbringlich lehrt es, daß der Polarmensch auf einer geistigen und sittlichen Höhe steht, die nicht scheel angesehen werden darf. Zahlreiche charakteristische einfarbige und bunte Bilder nach Photographien und nach Originalzeichnungen sowie eine große Zahl Karten unter-schießen den Text. Darum ist dieses reichhaltige, packende Werk wie kein anderes geeignet, edle Unterhaltung und reiche Belehrung zu bieten.

Verbandsanmeldungen.

- Vom 24. November an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:
- Gau 1. Godeslar 100 000,—, Or.-Häuslingen 20.40, Al.-Häben 4672,50, Bodenwerder 40 000,—, Minden 2270,—, Obernjesa 5000,—, Uzen 78 230,80, Münden 150 000,— und 14 000,—, Hameln 80 000,—, Hülfe 10 000,—, Neustadt 50 000,— und 473,35, Burgdorf 40 200,—, Bodenem 30 000,—, Wörten 50 000,—, Goslar 100 000,—
 - Gau 2. Oßersleben 30 000,—, Osterburg 5000,—, Wustrow 14 000,—, Neuhaßleben 15 000,—, Osterwieck 35 000,—, Bernburg 110,—, Ellenburg 50 000,—, Staßfurt 170 000,—, Goldbeck 20 000,—, Süßenrode 40 000,—, Burg 30 000,—, Magdeburg 400 000,—, Blankenburg 10 000,—, Tangermünde 187,—, Wernigerode 20 000,—
 - Gau 3. Neudamm 20 000,—, Liebenwalde 10 000,—, Navel-berg 6500,—, Rehn 30 000,—, Herzfelde 40 000,—, Fürstenwalde 52,65, Gleibitz 100,60, Witten 187,—, Schneidemühl 50 000,—, und 434,—, Rheinsberg 15 000,—, Neuruppin 36 500,—, Witten-berge 40 000,—
 - Gau 4. Lauenburg 111 600,10, Grimmen 21,80, Poyth 30 500,—, Grabow 5555,—, Jarnglaff 25 000,—, Barth 12 000,—, Döberan 8000,—, Leopoldsdagen 10 000,—, Rostin 250 000,—, Woldegk 6500,—, Stralsund 50 000,—, Teltzin 20 000,—, Lebbin 40 000,—, Borby 20 000,—, Lüdau 20 000,—, Neubrandenburg 20 000,—, Büchel 3429,—, Bützow 40 000,—, Fürstenberg 63 100,—
 - Gau 5. Elbing 50 000,—, Allenstein 500,—, Rastenburg 25 000,—
 - Gau 6. Elgnitz 80 000,—, Glogau 20 000,—, Breslau 200 000,—, Muskau 100 000,—
 - Gau 7. Döbeln 350 000,—, Zwickau 301,10, *Leisnig 40 000,—, Freital 400 000,—, Meißen 100 000,—, Sifan 50 000,—, Geit-hain 40 000,—, Dresden 1 865 201,80, Leipzig 250 000,—, Schkeuditz 70 000,—
 - Gau 8. Ohrdruß 40 000,—, Lützen 80 000,—, Nordhausen 65 000,—, Greiz 115,80 und 120 000,—, Gera 125 000,—, Götze 100 000,—, Müßitz 50 000,—, Volkramshausen 95 738,—, Merse-burg 400 000,—, Zeitz 79 000,—, Blankenburg 110 000,—, Schardtshausen 3772,20, Naumburg 100 000,— und 640,—, Weißenhofe 50 000,—
 - Gau 9. Windsheim 38 000,—, Weisau 60 000,—, Regens-burg 100 000,—, Kronach 50 000,—
 - Gau 10. Schwangau 30 000,—, Bruckmühl 30 000,—, Main-burg 20 878,10, Augsburg 500 000,—, Osnand 20 000,—, Rosen-heim 40 000,—
 - Gau 11. Pforzheim 25 000,—, u. 20 000,—, Karlsruhe 500 000,—, und 150 000,—, Gall 30 000,—, Salingen 22 000,—, Waldshut 3000,—, Freudenstadt 367,20, Konstanz 20 000,—, Schweningen 11 000,—
 - Gau 12. Neustadt 100 000,—, Rheinzabern 150 000,—, Lud-wigsbafen 350 000,—, Effenberg 62 500,—
 - Gau 13. Höchst a. M. 200 000,—, Hanau 862,60, Offenbach 500 000,—, Darmstadt 320,—
 - Gau 14. Goch 700,—, Krefeld 30 000,—, Neuwied 61 072,50, Bonn 63 000,—, und 100 000,—
 - Gau 15. Marne 20 000,—, Bächen 10 000,—, Burg 149,20, Delmenhorst 96 000,—, Flensburg 40 000,—, Witten 50 000,—, Oldesloe 18 000,—, Boizenburg 60 000,—, Stade 70 000,—, Kiel 3787,—, Lüneburg 384,—, Friedrichstadt 11 000,—, Hemmoor 3600,—
 - Gau 16. Arnburg 40 000,—, Dorfmann 50 000,—, Barmen 200 000,—

Schluß: Donnerstag, den 30. November 1922.

Carl Köhler, Kassierer.

Briefkasten. In Nr. 46 des Proletariats ist unter Dorfmann 42 718,50 Mk. vermerkt, es muß aber heißen 549 42 718,50 Mk.

Sür die Zahlstelle Küntrin-Neudamm

suchen wir zum 1. Januar 1923 einen tüchtigen Geschäftsführer.

Bewerber müssen mindestens 5 Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft sein. Der Bewerbung ist beizufügen: eine Schilderung des Lebenslaufes, Angaben über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und eine Abhandlung über die Aufgaben eines Zahlstellengeschäftsführers. Das Gehalt richtet sich nach den Be-schlüssen des Verbandstages und Beiträgen. Bewerbungen sind unter Aufschrift "Bewerbung" bis zum 15. Dezember 1922 an E. Bennewitz, Berlin SO 33, Pückerstr. 17, Hof I, zu richten. [70 A]

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Kommunisten in den niedrigen Gewerkschaften. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Rußlands hat unter dem Namen "Kommunisten in den niedrigen Gewerkschaften" eine wertvolle Abhandlung veröffentlicht, um die qualitativen Arbeiter für die Partei zu gewinnen, da nach den Angaben des Zentralkomitees der Gewerkschaften die Zahl der Kommunisten in den Gewerkschaften sich immer mehr verringert. Es ist nach diesen Angaben, die bis auf die Periode von Mai 1922 bis zum 15. Oktober erstrecken, die Zahl der Kommunisten im Metallarbeiterverband bei insgesamt 28 000 Mitgliedern auf 217 zurückgegangen. Im Bergarbeiterverband (230 000 Mitglieder) ist die Zahl der Kommunisten auf 1 1/2 Prozent

Lüchtige Farbdrucker (Papier-Industrie) mit Kenntnissen im Nordischen zum sofortigen Eintritt bei hohem Lohn nach Ostdeutschland gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf unter W. R. 5425 an DEMA, Hannover-Expedition, Hannover.